

Handlungsmöglichkeiten auf der COP29

November 2024





UNSERE KERNFORDERUNGEN FÜR DIE COP29:

- Aufgrund der historischen Verantwortung der Verursacherstaaten sollte das New Collective Quantified Goal on Climate Finance (NCQG) mindestens eine Billion US-Dollar pro Jahr an öffentlichen Mitteln in Form von Zuschüssen und Zuschussäquivalenten betragen, unter anderem ermöglicht durch die Nutzung neuer klimagerechter Finanzierungsquellen wie Steuern und Abgaben auf die fossile Brennstoffindustrie sowie andere stark umweltverschmutzende Industrien. Dabei muss es sich um neue Mittel handeln, die zusätzlich zu den bestehenden Finanzierungsströmen bereitgestellt werden. Außerdem sollte der Beschluss konkrete Schritte zur Verbesserung der Qualität und Zugänglichkeit der Klimafinanzierung für betroffene Gemeinschaften, insbesondere in fragilen und von Konflikten geprägten Kontexten, enthalten.
- Bei der Konferenz COP29 sollten die Vertragsparteien Maßnahmen für das Recht auf angemessene Ernährung beschließen, die die betroffenen Gemeinschaften ins Zentrum stellen. Die Harmoniya-Initiative der aserbaidschanischen COP-Präsidentschaft und die Sharm-el-Sheikh Joint Work zur Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen in den Bereichen Landwirtschaft und Ernährungssicherheit (SSJW) müssen diesen rechtebasierten Ansatz widerspiegeln und sich auf eine geschlechtergerechte Transformation der Ernährungssysteme konzentrieren, wobei die Agrarökologie im Mittelpunkt stehen sollte.
- Die Indikatoren für das globale Anpassungsziel, die im Rahmen des UAE-Belém-Arbeitsprogramms ausgewählt werden, müssen sich auch auf Nahrungsund Ernährungssicherheit konzentrieren wie zum Beispiel die Kosten einer gesunden Ernährung, medizinischer Versorgung und Fortschritte in Richtung Agrarökologie. In fragilen Kontexten braucht es zudem Frühwarnsysteme, die für verschiedene Gefahren ausgerichtet sind. Ein besonderer Schwerpunkt muss dabei auf gefährdete Gruppen gesetzt werden.
- Die geschlechtsspezifischen Auswirkungen der Klimakrise sollten in den Verhandlungen, den Nationally Determined Contributions (NDCs) und den nationalen Anpassungsplänen berücksichtigt werden. Die Verhandlungsparteien müssen die Gespräche über den Gender-Aktionsplan in Baku abschließen, um starke nationale Transformationsmaßnahmen unter Beteiligung von Frauen, ihren Kollektiven und anderen gefährdeten Gruppen auf allen Ebenen umzusetzen, einschließlich der Stimmen feministischer Bewegungen.

EINLEITUNG: WIE DIE KLIMAKRISE DIE MANGELERNÄHRUNGSKRISE VERSCHÄRFT

Die Klimakrise schürt eine globale Hunger- und Mangelernährungskrise, die bestehende Ungleichheiten verschärft und schwerwiegende, sich verstärkende Auswirkungen auf Frauen und Mädchen hat. Die einhergehenden Temperaturschwankungen, höhere Frequenz und Intensität von Dürren und Überschwemmungen sowie die rapide Verschlechterung der Bodengesundheit beeinträchtigen die Fähigkeit der Menschen, sich ausreichend und gesund zu ernähren.

Länder mit einer hohen Prävalenz von Mangelernährung gehören zum stärksten von der Klimakrise betroffenen Drittel aller Länder weltweit. Fast drei Viertel der Länder mit der höchsten Mangelernährungsrate sind gleichzeitig unter den 25 am stärksten von der Klimakrise betroffenen Ländern.[1] Ohne rasche, wirksame Maßnahmen dürften sich diese Ergebnisse nur noch verschlimmern, sodass bis 2050 im Vergleich zu einem Szenario ohne Klimakrise bis zu 183 Millionen Menschen zusätzlich von Hunger und Mangelernährung bedroht sein werden.[2]

Grundnahrungsmittel, Weidesysteme sowie Obstund Gemüseanbau sind bereits jetzt von der Klimakrise betroffen, welche auch das Auftreten von Schädlingen und Krankheiten in der Landwirtschaft erhöht. Diese Auswirkungen auf die Ernteerträge und die Lebensgrundlagen haben wiederum einen negativen Effekt auf die Ernährungssicherheit und damit auf die lebenslange Gesundheit und die Entwicklung von Kindern. So führen höhere Temperaturen beispielsweise zu einer geringeren Ernährungsvielfalt bei Kindern und damit zu einer höheren Mangelernährungsrate.[3] Die Klimakrise wirkt sich auch auf die Nährstoffqualität der Nutzpflanzen aus und verringert den Gehalt an Proteinen und essenziellen Mineralien wie Zink und Eisen in Körnerleguminosen.[4]

Diese Auswirkungen sind für Frauen und andere marginalisierte Gruppen unverhältnismäßig stark spürbar. Frauen haben oft weniger Zugang zu natürlichen Ressourcen, sind aber für die Beschaffung von Nahrungsmitteln, Wasser und Brennholz für ihre Familien verantwortlich. Viele von ihnen sind auf die Landwirtschaft als Erwerbsquelle angewiesen, was bedeutet, dass durch die Klimakrise verursachte Missernten oder schwierige Vegetationsperioden für sie besonders verheerend sind.^[5] Zudem sind Frauen oft von Absicherungen wie Land und Eigentum ausgeschlossen.[6]

Als humanitäre und entwicklungspolitische Organisation, die sich mit den Ursachen und Folgen von Hunger und Mangelernährung befasst, beobachten wir, wie die Klimakrise existierende Bedrohungen verstärkt und sozioökonomische sowie politische Spannungen verschärft. Das gilt insbesondere in fragilen und von Konflikten betroffenen Gebieten, in denen klimabedingte Gefährdungen mit Faktoren wie Vertreibung und mangelnder Grundversorgung zusammentreffen und so die Ernährungsunsicherheit vergrößern.

Indem mit der Klimakrise das Konfliktrisiko steigt, verstärkt sie auch die Gefahr geschlechtsspezifischer Gewalt (GBV) und negativer Bewältigungsmechanismen wie Früh- und Zwangsheirat, sexualisierte Gewalt und Menschenhandel.[7] Geschlechtsspezifische Gewalt wiederum hat nachweislich negative Auswirkungen auf die Ernährungssituation von Frauen und Mädchen. Wenn sie in der Kindheit geschlechtsspezifischer Gewalt ausgesetzt sind, entwickeln Mädchen mit größerer Wahrscheinlichkeit Übergewicht/Adipositas, und diejenigen, die früh verheiratet werden, leiden mit deutlich höherer Wahrscheinlichkeit an Anämie.[8] Zudem sind Frauen und marginalisierte Gruppen

^[1] Daten aus FAO et al. 2024:The State of Food Security and Nutrition in the World und ND-GAIN 2024: Rankings im Vergleich zur Erstellung dieser Statistiken, wobei Länder mit einer Prävalenz von Unterernährung von 30 Prozent oder mehr betrachtet wurden.

IPCC 2019: Special Report on Climate Change and Land, Chapter 5: Food Security

^[3] Niles et al. 2021: Climate impacts associated with reduced diet diversity in children across nineteen countries

^[4] IPCC 2019: Special Report on Climate Change and Land, Chapter 5: Food Security

^[5] UN Women 2024: How gender inequality and climate change are interconnected

^[6] Action contre la Faim 2023: Gender & climate change induced impacts on women's/girls' psychosocial, socio-economic and nutrition security condition in Asia region

UN Women 2024: How gender inequality and climate change are interconnected

^[8] UNICEF 2024: Evidence on the linkages between gender-based violence and nutrition

von politischen Prozessen und Entscheidungsfindungen ausgeschlossen, die zu positiven Veränderungen führen könnten.[9]

Die COP29 sollte daher nicht nur den Klimaschutz vorantreiben, sondern auch dazu beizutragen, Hunger, Mangelernährung und Geschlechterungerechtigkeit weltweit zu bekämpfen. Im Folgenden zeigen wir Möglichkeiten für die UNFCCC-Vertragsparteien auf, die Klimaresilienz der Bevölkerung gegenüber klimabedingten Schocks zu stärken, auch in fragilen und von Konflikten geprägten Kontexten. Dazu untersuchen wir die Rolle zugänglicher Finanzmittel, lokal gesteuerter Anpassungsmaßnahmen und der Stärkung der gefährdetsten Gruppen in der Schaffung fairer und gerechter Lösungen für alle.

HANDLUNGSMÖGLICHKEITEN AUF DER COP29

STÄRKUNG DER WIDERSTANDSFÄHIGKEIT VON GEMEINSCHAFTEN GEGENÜBER KLIMABEDINGTEN SCHOCKS

Begleichung der Klimaschulden

Die Klimakrise und ihre Auswirkungen treffen genau die Gemeinschaften unverhältnismäßig stark, die am wenigsten zu den Treibhausgasemissionen beigetragen haben. Deren Bedarfe sind bisher nicht angemessen durch die Klimafinanzierung gedeckt. Um Klimagerechtigkeit zu verwirklichen, klimabedingte Verluste und Schäden auszugleichen und wirksamen Klimaschutz und Anpassung zu ermöglichen, müssen die Länder des globalen Nordens ihre Klimaschulden begleichen und angemessene Finanzmittel bereitstellen.

Das auf der COP29 zu beschließende New Collective Quantified Goal on Climate Finance (NCQG) muss deshalb mindestens eine Billion US-Dollar pro Jahr an öffentlichen Mitteln in Form von Zuschüssen und Zuschussäquivalenten umfassen, unter anderem durch die Nutzung neuer klimagerechter Finanzierungsquellen wie Steuern und Abgaben auf die fossile Brennstoffindustrie sowie andere stark umweltverschmutzende Industrien.[10] Das NCQG muss zudem die Transparenz der Finanzierungsströme verbessern und ausgewogene Teilziele für Klimaschutz, Anpassung sowie Verluste und Schäden festlegen. Da der Bedarf angesichts zunehmender Klimafolgen weiter steigen wird, muss das NCQG in Fünfjahreszeiträumen überprüft werden, um den Zyklen der Global Stocktake (GST) zu entsprechen. Die Qualität der bereitgestellten Klimafinanzierung muss kontrolliert, mit

menschenrechtlichen Rahmenbedingungen in Einklang gebracht werden und geschlechtergerechte Ansätze unterstützen. Die Schuldenkrise vieler Länder hindert sie daran, in klimaresistente Grundversorgung zur Bekämpfung von Mangelernährung (wie Gesundheitsversorgung sowie Wasser, sanitäre Einrichtungen und Hygiene, WASH) zu investieren. Finanzmittel müssen in Form von Zuschüssen statt Darlehen zur Verfügung stehen, um die Schuldenlast nicht noch weiter zu erhöhen.

Finanzmittel für die lokale Ebene nutzbar machen

An vorderster Front der Klimakrise stehen Kleinproduzent*innen, insbesondere Frauen, Jugendliche oder genderdiverse Gruppen, die von intersektionellen Formen der Diskriminierung betroffen sind.

Um Klimaschutzmaßnahmen umzusetzen, ist es von entscheidender Bedeutung, den betroffenen Gemeinschaften Zugang zu Finanzmitteln zu ermöglichen. Graswurzelbewegungen, lokale Gemeinschaften und zivilgesellschaftliche Organisationen können am besten definieren, wie sie ihre Widerstandsfähigkeit als Akteur*innen des Wandels für den Klimaschutz stärken können.

Die 29. UN-Klimakonferenz muss eine Gelegenheit sein, den Zugang zu Klimafinanzierung für diejenigen zu erleichtern, die am stärksten von den Auswirkungen der Klimakrise, einschließlich Hunger und Mangelernährung, betroffen sind. Langwierige

und kostspielige Akkreditierungsverfahren, beispielsweise über den Green Climate Fund (GCF), sind umfassend dokumentiert und zeigen, wie unzureichend das Klimafinanzierungssystem für die lokale Ebene ist. Die Parteien müssen angemessen ausgestattete Community Access Windows für alle Klimafonds einrichten, angefangen bei den globalen multilateralen Fonds bis hin zum neuen Fund for Responding to Loss and Damage. Das NCQG sollte einen klaren Monitoring- und Verantwortlichkeitsprozess für diese verbesserte Qualität der Klimafinanzierung vorsehen, beispielsweise durch die Festlegung eines steigenden Finanzierungsanteils, der direkt an lokale Gemeinschaften sowie lokale und nationale zivilgesellschaftliche Organisationen ausgezahlt wird.

Förderung der lokal gesteuerten Anpassung

Die Anpassung an die Klimakrise ist chronisch unterfinanziert, aller Forderungen nach Klimagerechtigkeit zum Trotz und obwohl der Bedarf im globalen Süden besonders akut ist. Es werden massive Anpassungsfinanzierungen in Form von Zuschüssen statt Darlehen benötigt, um Investitionen in Nahrungs- und Ernährungssicherheit, WASH und den Zugang zu angemessener Gesundheitsversorgung, einschließlich der Prävention, Diagnose und Behandlung von Mangelernährung zu ermöglichen.

Bei der COP29 müssen die Verhandlungen über das Global Goal on Adaptation (GGA) im Rahmen des UAE-Belém-Arbeitsprogramms auf Indikatoren abzielen, die die Widerstandsfähigkeit der Gemeinschaft und die lokal gesteuerte Anpassung widerspiegeln, mit nach Geschlecht aufgeschlüsselten Daten.[11] Indikatoren sollten dazu beitragen, Fortschritte in Richtung Agrarökologie sowie die Verwirklichung des Rechts auf angemessene Ernährung und des Rechts auf Wasser zu messen.

Im Bereich Ernährung und Landwirtschaft sollten Indikatoren wie beispielsweise die Ernährungsvielfalt von Kindern und Frauen, die Kosten für gesunde Ernährung, die Diversifizierung der Ernährungssysteme sowie die Integration agrarökologischer

Ansätze in die Nationally Determined Contributions (NDCs) und die National Adaptation Plans (NAPs) herangezogen werden.[12] Weitere dringend zu überwachende Aspekte sind der Anteil der Agrarsubventionen, der an Kleinbäuer*innen und Frauen geht und der auf positive Klima- und Gesundheitsziele ausgerichtet ist, sowie der Anteil des von Kleinbäuer*innen und Frauen kontrollierten Landes.

Bei der Überwachung der klimaresilienten Gesundheitssysteme im Rahmen des GGA sollte der universelle Zugang zur Gesundheitsversorgung und die Einbeziehung von Ernährungsinterventionen und -richtlinien in die NAPs berücksichtigt werden. In Bezug auf Wasser und sanitäre Einrichtungen sollten die Anpassungsindikatoren den Anteil der Haushalte umfassen, die Zugang zu einer belastbaren sicheren Wasserversorgung und sanitären Einrichtungen unter lokalem Management haben.

Falsche Lösungen vermeiden

Um Maßnahmen für von Hunger und Mangelernährung betroffene Gemeinschaften zu ergreifen, müssen die Parteien die Verwirklichung des Rechts auf angemessene Ernährung für alle priorisieren, indem sie eine rechtebasierte und geschlechtergerechte Umgestaltung der Ernährungssysteme unterstützen, bei der die Agrarökologie im Mittelpunkt steht[13] anstatt inkrementelle technologische Lösungen zu unterstützen, die den Status quo nicht infrage stellen. Ein unverhältnismäßig starker Fokus auf technologische Lösungen zur Emissionsreduktion und deren Ausgleich, die von der Agrarindustrie gefördert werden, wird die Abhängigkeit von externen Inputs nur noch verstärken und zu zunehmender Armut unter Kleinbäuer*innen führen.[14] Die COP29 muss eine Chance für eine auf den Menschen ausgerichtete Umgestaltung der Ernährungssysteme sein, was sich in der Harmoniya-Initiative der aserbaidschanischen COP-Präsidentschaft und der Sharm-el-Sheikh Joint Work zur Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen in der Landwirtschaft und in Ernährungssystemen (SSJW) widerspiegeln muss.

^[11] Siehe: World Resources Institute: Principles for Locally-Led Adaptation

^[12] Siehe: Gliessman 2016: Transforming food systems with agroecology

^[13] Siehe: 2015 Declaration of the International Forum for Agroecology, Nyéléni

^[14] Rotz et al. 2019: The Politics of Digital Agricultural Technologies: A Preliminary Review; Friends of the Earth Europe, FIAN International, Centre for Agroecology Water and Resilience at Coventry University 2023: Remote Control and Peasant Intelligence



UNTERSTÜTZUNG VON KLIMASCHUTZMASSNAHMEN IN FRAGILEN UND VON KONFLIKTEN GEPRÄGTEN KONTEXTEN

Doppelter Bedrohung begegnen

In den vergangenen Jahren wurden nicht nur Temperaturrekorde gebrochen, sondern auch eine steigende Zahl gewaltsamer Konflikte verzeichnet. [15] Klimafolgen und bewaffnete Konflikte stellen für viele Gemeinschaften immer häufiger eine doppelte Bedrohung dar: Von den 20 Ländern, die laut ND-GAIN-Index am anfälligsten für die Folgen der Klimakrise sind, sind 13 von bewaffneten Konflikten betroffen. [16] Die Kombination aus extremen Wetterereignissen und Konfliktfolgen bewirkt rekordhohe humanitäre Bedarfe. Dadurch wird die Anpassung an sich ändernde klimatische Bedingungen, beispielsweise in der landwirtschaftlichen Produktion, unmöglich (siehe Kasten auf S. 8).

Aufstockung der Finanzmittel für fragile und von Konflikten betroffene Staaten

Diese Herausforderungen werden durch den fehlenden Zugang zu Klimafinanzierung in fragilen und von Konflikten betroffenen Kontexten noch verschärft: Die multilaterale Klimafinanzierung pro Kopf, die an besonders für Klimafolgen anfällige Länder mit langanhaltenden humanitären Krisen

fließt, beträgt nur ein Fünftel der Finanzierung, die an Länder ohne langfristige humanitäre Krisen fließt (1 USD im Vergleich zu 4,88 USD im Zeitraum 2003–2022).^[17]

Die risikoscheue Finanzierung von Klimaschutz und Anpassung verhindert die Umsetzung entscheidender Maßnahmen zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit gefährdeter Bevölkerungsgruppen gegenüber künftigen Klimaauswirkungen, was zu weiteren Verlusten an Menschenleben, wirtschaftlicher Produktivität und Nahrungsmittelproduktion führt und dadurch bestehende Krisen verschärft. Zusätzlich zur Erhöhung der Quantität und Qualität der Klimafinanzierung sind spezifische Maßnahmen erforderlich, um den Zugang zu Geldern in fragilen Kontexten zu verbessern, einschließlich der Priorisierung von Zuschüssen anstelle von Darlehen und des direkten Zugangs für Gemeinschaften, Graswurzelbewegungen und lokale Organisationen der Zivilgesellschaft mit Zugang zu schwer erreichbaren Gebieten. Die Klimafinanzierung, einschließlich der Entschädigung für klimabedingte Verluste und Schäden, muss zusätzlich zu den bestehenden entwicklungspolitischen und humanitären Finanzierungs**strömen** bereitgestellt werden.

^[15] WMO 2023: 2023 shatters climate records, with major impacts; ICRC 2024: How is "Armed Conflict" defined in IHL?

^[16] mit Daten aus ND-GAIN 2024: Rankings; SIPRI: Yearbook 2024

^[17] Entwicklungsinitiativen 2023: Global Humanitarian Assistance Report 2023

Frühwarnsysteme und vorausschauende humanitäre Maßnahmen ermöglichen

Verzögerte Finanzierung und Unterstützung in Krisensituationen stellen ein wesentliches Hindernis für die Widerstandsfähigkeit der betroffenen Gemeinschaften dar, insbesondere bei langwierigen und multikausalen Krisen mit aufeinanderfolgenden Schocks. Es bedarf einer flexiblen und vorhersagebasierten Finanzierung, um steigende humanitäre Bedarfe einzudämmen und Gemeinschaften bei der Wiederherstellung und Stärkung ihrer Resilienz zu unterstützen. Neben der Bereitstellung solcher Finanzmittel sollten Geber die Entwicklung zugänglicher Frühwarnsysteme in Zusammenarbeit mit den betroffenen Gemeinschaften fördern, wobei lokales und indigenes Wissen einbezogen werden sollte.

Bei der Umsetzung der Initiative Early Warnings for All (EW4All) des UN-Generalsekretärs muss ein besonderer Schwerpunkt auf Frühwarnsysteme, die für verschiedene Gefahren ausgerichtet sind, gelegt werden, um den vielfältigen Ursachen von Fragilität Rechnung zu tragen, sowie auf die Zugänglichkeit solcher Systeme für gefährdete Gemeinschaften. Diese Dimensionen müssen auch bei der Entwicklung von Indikatoren für das GGA im Rahmen des UAE-Belém-Arbeitsprogramms berücksichtigt werden (unter Bezugnahme auf Art. 10a des Beschlusses 2/CMA.5).

Beitrag zur Stärkung gefährdeter Gruppen

Doppelte Risiken und spezifische Bedarfe müssen berücksichtigt werden, um eine rechtebasierte Transformations- und Klimaschutzagenda umzusetzen. Aufgrund historischer Marginalisierung, Diskriminierung und des begrenzten Zugangs zu Ressourcen wie Land und anderen Vermögenswerten sind Frauen und Mädchen unverhältnismäßig stark von Veränderungen der klimatischen Bedingungen betroffen, ebenso wie sie unverhältnismäßig stark von Hunger, Mangelernährung und fehlender hochwertiger Gesundheitsversorgung betroffen sind.

Darüber hinaus setzen Krisensituationen wie extreme Wetterereignisse Frauen einem erhöhten Risiko von geschlechtsspezifischer Gewalt und negativen Bewältigungsmechanismen wie Zwangsverheiratung aus.[18] Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen sollten nicht nur auf ihre Bedürfnisse eingehen, indem sie geschlechtersensible Elemente einbeziehen, sondern müssen durch geschlechtergerechte Finanzierung auch zu ihrer Stärkung und zur Verwirklichung ihrer Rechte beitragen. Zu diesem Zweck sollten die Parteien starke Aktionspläne zu Klima und Gender umsetzen und eine sinnvolle Beteiligung von Frauen (und je nach Kontext auch von Vertreter*innen anderer gefährdeter Gruppen) an Entscheidungsprozessen auf allen Ebenen, einschließlich der UNFCCC-Verhandlungen, ermöglichen.



In Sambia kämpfen Clare und ihre drei Schwestern mit einer schweren Dürre. Clare ist eine von 1.280 Landwirtinnen, die im Rahmen des "Black-Eyed-Pea"-Projekts von Aktion gegen den Hunger dürreresistente Feldfrüchte anpflanzen.

Foto: Aktion gegen den Hunger/Ufulu Studios

ERFAHRUNGEN MIT DEM ZUSAMMENHANG VON **HUNGER, KLIMA UND KONFLIKTEN – LEHREN AUS DEN** LANGWIERIGEN KRISEN IN MALI, SÜDSUDAN UND SOMALIA

Von 2023 bis 2024 führte Aktion gegen den Hunger in Zusammenarbeit mit dem Overseas Development Institute (ODI) zwei Studien zum Thema klimabedingter Hunger in Konfliktkontexten durch, um Empfehlungen und bewährte Verfahren für politische Entscheidungsträger*innen und Akteur*innen zu sammeln. Da das gleichzeitige Auftreten von klimabedingten Extremwetterereignissen und bewaffneten Konflikten immer häufiger wird, sind die Gemeinschaften einem Teufelskreis aus Eigentumsverlusten, anhaltender Nahrungs- und Ernährungsunsicherheit sowie abnehmender Widerstandsfähigkeit gegenüber künftigen Schocks ausgesetzt. Auf der Grundlage von mehr als 130 Interviews und 50 Fokusgruppendiskussionen, die an drei Standorten pro Land durchgeführt wurden, konnten folgende Learnings gesammelt werden:

• Die unsicheren Einkommensquellen als Folge von Fragilität, Konflikten und Verlusten aufgrund von klimabedingten und nicht klimabedingten Schocks führt dazu, dass Haushalte mehr für Lebensmittel ausgeben, obwohl ihnen die finanziellen Mittel dafür fehlen.

Die vielschichtigen Auswirkungen von klimabedingten und nicht klimabedingten Schocks betreffen nicht nur die landwirtschaftlichen Lebensgrundlagen, sondern auch kleine Unternehmen, da die Zuverlässigkeit alternativer einkommensschaffender Tätigkeiten vom Zustand der lokalen Wirtschaft abhängt. Die Haushalte gaben an, den größten Teil oder ihr gesamtes Einkommen für Lebensmittel auszugeben und sich keine abwechslungsreiche Ernährung leisten zu können.

• Die Gemeinschaften müssen Entscheidungen über ihren Lebensunterhalt treffen, ohne über Informationen zu verfügen, die ihnen bei der kurz- und langfristigen Entscheidungsfindung helfen könnten. Im Südsudan gaben die Befragten an, dass es an wetterbezogenen Informationen mangelt, die bei Anbau und Bewirtschaftung helfen könnten. In Somalia mangelt es zwar nicht an Wetter- oder Frühwarninformationen, doch die Befragten verfügen über so geringe Ressourcen, dass sie aufgrund der ihnen vorliegenden Informationen keine Maßnahmen ergreifen können.



Die Angst vor Angriffen außerhalb des Dorfes beeinträchtigt jeden Aspekt des täglichen Lebens der Frauen. Sie schränkt ihre Möglichkeiten ein, durch Kleingewerbe und traditionelles Handwerk wie gewebte Strohmatten ein Einkommen zu erzielen. Besonders besorgt sind sie jedoch über

die Auswirkungen von Konflikten und Klimaschocks auf die Produktion von Nahrungsmitteln und die Preise auf dem Markt.

Diese Darstellung ist in Mali im Rahmen des Forschungsprojekts mit dem Overseas Development Institute zu klima- und konfliktbedingtem Hunger entstanden.

- Geschlechtsspezifische Risiken erhöhen die Anfälligkeit, da Frauen in den Fallstudiengebieten sowohl die Rolle der Hauptversorgerin als auch der Hauptbetreuerin von Kindern übernehmen müssen. Strukturelle Bedingungen wie die Übertragung von Vermögenswerten an Ehemänner, der Schulabbruch aufgrund einer Heirat und der Ausschluss von der Entscheidungsfindung führen zu weiteren Anfälligkeiten. Frauen sind auch einem erhöhten Risiko geschlechtsspezifischer Gewalt ausgesetzt, sowohl in Lagern für Binnenvertriebene als auch bei der Ausübung von Tätigkeiten zur Sicherung des Lebensunterhalts, wie zum Beispiel auf dem Weg zum und vom Ackerland.
- Die Komplexität der humanitären Hilfe, wie sie in Mali, Somalia und im Südsudan erlebt wird, verdeutlicht den Zusammenhang zwischen Konfliktdynamik, Klimarisiken, fragilen Systemen und Finanzierungslücken. Alle drei Länder sind von anhaltenden Konflikten betroffen und haben mit Klimafolgen zu kämpfen. Plötzliche Veränderungen in der Konfliktdynamik und rasch auftretende Klimarisiken stellen ein Problem für Frühwarnsysteme dar. Darüber hinaus können plötzliche Ereignisse wie Überschwemmungen die sowieso fehlenden Anpassungskapazitäten vor neue Herausforderungen stellen, die bei der Programmgestaltung ursprünglich vielleicht nicht beachtet wurden. Die Situation wird durch das Fehlen einer angemessenen Infrastruktur. die in Überschwemmungszeiten deutlich wird, noch verschärft. Dies erschwert die Reaktion, da die Gebiete schwer zugänglich sind und die

- begrenzten Ressourcen stärker belastet werden. Ein wiederkehrendes Hindernis für einen nachhaltigen Fortschritt in diesen Regionen ist die anhaltende Finanzierungslücke durch fehlende langfristige Entwicklungs- und Klimafinanzierung sowie schwankende humanitäre Finanzierungsniveaus.
- Um wirksamer und angemessener auf die Kombination von Klima- und Konfliktfolgen zu reagieren, wurden in der Studie mehrere Wege und bewährte Verfahren ermittelt: die Kombination von kurz- und langfristiger Programmplanung, um akute Bedürfnisse zu decken und gleichzeitig die Widerstandsfähigkeit zu stärken (Humanitarian-Development-Peace Nexus); gemeinschaftliche Mitgestaltung von vorausschauenden humanitären Maßnahmen, um lokales Wissen einzubeziehen und die Akzeptanz zu fördern; staatlicher Kapazitätsaufbau, um den Zugang zu Grundversorgung in lang anhaltenden Krisen zu verbessern; und Verbesserung der Zugänglichkeit von Klimafinanzierung in fragilen Kontexten.

Weitere Informationen:

- Erfahrungen aus erster Hand in Bezug auf Lebensmittel- und Ernährungssicherheit in Mali, Südsudan und Somalia (Englisch)
- Analyse der vorhandenen Erfahrungen von Fachleuten und Organisationen in Mali, Somalia und Südsudan (Englisch)
- Synthesebericht (Englisch)

INTEGRATION VON PSYCHISCHER GESUNDHEIT UND **SOZIALER GERECHTIGKEIT IN DEN KLIMASCHUTZ: EIN** GANZHEITLICHER ANSATZ FÜR EINE NACHHALTIGE ZUKUNFT

Der Klimawandel geht über Umweltbelange hinaus und stellt auch eine Herausforderung für die psychosoziale Gesundheit dar, da seine Folgen zu einem Verlust des Lebensunterhalts oder sogar des Zuhauses führen können, was Depressionen, Angstzustände und ein tiefes Gefühl des Verlustes verursacht. Marginalisierte Gemeinschaften sind besonders betroffen, da Frauen und ältere Menschen oft die Hauptlast der erhöhten Verantwortung mit weniger Ressourcen zu bewältigen haben, was auch ihre Fähigkeit beeinträchtigt, sich angemessen zu ernähren. Die Integration von psychosozialer Gesundheit und sozialer Gerechtigkeit in den Klimaschutz ist für die Unterstützung und Widerstandsfähigkeit der Gemeinschaft von entscheidender Bedeutung.

Klimabedingte Katastrophen führen zu weit verbreiteten psychischen Problemen wie Angstzuständen, Traumata und Trauerfällen, weswegen psychologische Unterstützung bei der Katastrophenhilfe und in der Klimapolitik berücksichtigt werden sollte. Die Stärkung lokaler Gemeinschaften durch angemessen finanzierte, lokal geleitete Initiativen fördert den sozialen Zusammenhalt und passt Lösungen an kontextspezifische Bedürfnisse an. Ein intersektionaler Ansatz, der die Faktoren Alter, Herkunft, Geschlecht und sozioökonomische Anfälligkeit

berücksichtigt, ist für gerechte Lösungen und einen wirksamen sozialen Schutz unerlässlich.

Innere Transformation, einschließlich Bewusstseinsübungen und emotionaler Belastbarkeit, kann auch einen sinnvollen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Ganzheitliche Maßnahmen, die psychosoziale Dimensionen berücksichtigen, sind für eine nachhaltige und gerechte Zukunft unerlässlich. Sensibilisierungskampagnen und Bildungsinitiativen sind entscheidend, um nachhaltige Verhaltensänderungen und regenerative Denkweisen zu fördern.

Globale und integrierte Ansätze sind erforderlich, um psychosoziale Gesundheit bei internationalen Klimaschutzbemühungen einzubeziehen, und zwar für:

- Bessere psychosoziale Unterstützung bei klimabedingten psychischen Problemen
- Stärkung der Gemeinschaften
- Entwicklung von intersektionalen Ansätzen
- Stärkeres Bewusstsein für psychosoziale Gesundheit und innere Transformation in der Klimaresilienz



Südsudan: Frauen müssen in der Familie mehrere Rollen übernehmen

Frauen übernehmen häufig mehrere Aufgaben im Haushalt. Sie sind unter anderem hauptverantwortlich für die Betreuung von Kindern, älteren Familienmitgliedern und Menschen mit Behinderungen. Gleichzeitig wird von ihnen erwartet, dass sie für die Ernährung der Familie sorgen. In diesem Beispiel musste ein 14-jähriges Mädchen diese Verantwortung nach dem Tod ihrer Mutter übernehmen, da ihre älteren Schwestern geheiratet und eigene Familien gegründet haben.

"Ich bin jetzt verantwortlich für alle Aufgaben im Haushalt, auch fürs Kochen. Manchmal weiß ich nicht, wie etwas gekocht wird, aber ich kann niemanden fragen. Meine älteren Schwestern schreien mich nur an und lassen mich arbeiten. Wenn meine Mutter noch da wäre, müsste ich keine schwere Arbeit machen."

Die Familie konnte zwar ein paar Nutzpflanzen anbauen, aber die Überschwemmungen haben die Erntemenge reduziert. Einen Teil konnten sie verkaufen, aber sie besitzen nur ein kleines Stück Land und können darauf nicht genug produzieren. Sie sind darauf angewiesen, ihr weniges Vieh zu verkaufen, um genug Essen für die Familie zu kaufen.

"Meine größte Sorge ist, was wir tun werden, wenn wir all unser Vieh verkaufen, um Essen zu kaufen. Wie können wir überleben?""

Die Überschwemmungen haben außerdem ihre Hütten beschädigt.



"Seit unsere Mutter gestorben ist, haben wir lauter Löcher im Dach. Als junges Mädchen kann ich aber nicht das Dorf verlassen, um Gras zu sammeln und unsere zwei Hütten zu flicken. Deswegen fallen sie auseinander."

Sie lebt bei ihrem Stiefvater, aber dieser ist körperlich beeinträchtigt und kann nicht weit laufen. Die junge Frau befürchtet, dass die Verantwortung für die Familie auf sie allein übergehen könnte, falls ihr Stiefvater erneut heiratet und sich auf die neue Familie konzentriert.

"Ich mache mir Sorgen, weil der Familienvater nicht unser leiblicher Vater ist, sondern meine Mutter und uns 'geerbt' hat. Wer übernimmt die Verantwortung, wenn er sich entscheidet, erneut zu heiraten und eine neue Familie zu gründen? Ich kann nicht einmal zur Schule gehen und meine Geschwister zuhause lassen, denn wer wird sich um sie kümmern?"



FALLSTUDIE: FÖRDERUNG RESILIENTER GEMEINSCHAFTEN IN **GHOR, AFGHANISTAN**

Afghanistan ist eines der Länder, die weltweit am stärksten von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen sind.[19] Extreme Wetterereignisse, Gletscherschmelze, langanhaltende und häufigere Dürren und Überschwemmungen, unvorhersehbare Niederschlagsmuster, Wüstenbildung und Versteppung treten immer häufiger auf. Dadurch werden die landwirtschaftlichen **Lebensgrundlagen bedroht**, von denen mehr als 80 Prozent der afghanischen Bevölkerung abhängig sind. [20] Unsere Teams haben die Auswirkungen der sich ändernden Wetterbedingungen aus erster Hand erlebt: Im Jahr 2023 herrschten in 25 von 34 Provinzen schwere oder katastrophale Dürrebedingungen, von denen mehr als 50 Prozent der Bevölkerung betroffen waren.[21] Diese Bedingungen haben zu sozialen Verwerfungen und Vertreibungen geführt und die Schutzrisiken insbesondere für Frauen und Mädchen verschärft.

Im Mai 2024 führten beispiellos starke Regenfälle zu Sturzfluten in der nordöstlichen Region Afghanistans. Die Provinz Ghor war stark betroffen: Berichten zufolge wurden über 2.000 Häuser vollständig zerstört, 8.000 Haushalte waren betroffen und 50 Menschen kamen ums Leben. Aktion gegen den Hunger reagierte mit der

Entsendung von zwei Mobile Health and Nutrition Teams (MHNT), die Gesundheits- und Ernährungsversorgung sowie Mehrzweck-Bargeldhilfen bereitstellten. Eingebettet in diese Reaktion war der Mental Health and Psychosocial Support (MHPSS), einschließlich der Psychological First Aid (PFA), um den von den Überschwemmungen betroffenen Gemeinden sofortige Unterstützung zu bieten, ihr Wohlergehen zu gewährleisten und ihre Widerstandsfähigkeit zu fördern. 209 Menschen erhielten Beratungen zur Bewältigung der unmittelbaren psychologischen Auswirkungen der Überschwemmungen. Darüber hinaus führten die beiden MHNT auch Sitzungen zur psychologischen Bildung zu Themen wie Stressbewältigung und positive Bewältigungsmechanismen bei Angst und Depressionen durch. Darin wurde die Gemeinschaft über MHPSS-Dienste wie die gebührenfreie Hotline von Aktion gegen den Hunger informiert, die in ganz Afghanistan zur Verfügung steht. Durch die Sensibilisierungssitzungen wurden 1.600 Menschen mit den notwendigen Informationen und Ressourcen erreicht, um die psychosoziale Unterstützung zu suchen und zu erhalten, die sie infolge eines klimabedingten Schocks benötigen.

Afghanistan: Cold Wave Assessment on Livestock - Data in Emergencies Impact Report

^[21] UNOCHA: Afghanistan: The alarming effects of climate change

Aktion gegen den Hunger ist eine humanitäre und entwicklungspolitische Hilfsorganisation, die weltweit in 56 Ländern und Regionen aktiv ist und rund 21 Millionen Menschen unterstützt. Seit 45 Jahren kämpft Aktion gegen den Hunger gegen Mangelernährung, schafft Zugang zu sauberem Wasser und gesundheitlicher Versorgung. Wir setzen uns dafür ein, die strukturellen Ursachen von Hunger und Mangelernährung - Konflikte, die Klimakrise und globale Ungleichheiten – anzugehen.

ANSPRECHPERSONEN

Kira Fischer Leitung Advocacy kfischer@aktiongegendenhunger.de

Emma Beelen

Advocacy - Klima und Ernährung ebeelen@aktiongegendenhunger.de

IMPRESSUM

Aktion gegen den Hunger Wallstr. 15a · 10179 Berlin www.aktiongegendenhunger.de





